

Die Lebenshaltungskosten-Krise beenden: Löhne erhöhen, Gewinne besteuern!

Triebfeder dieser Krise sind die Übergewinne - nicht die Löhne.

Löhne sind nicht die Ursache der Inflation. Arbeitnehmer sind die Opfer dieser Krise: Der Wert ihrer Löhne sinkt, während die Preise für Alltagsgüter steigen. Dies verstärkt die bestehenden Ungleichheiten, wobei Geringverdiener und schutzbedürftige Menschen am stärksten betroffen sind.

Arbeitgeber, Regierungen und die EU haben allesamt die Verantwortung, Notfallmaßnahmen zu ergreifen, um die Lebenshaltungskosten-Krise zu bewältigen, indem sie Lohnerhöhungen, Soforthilfe für in Schwierigkeiten geratene Familien, eine Deckelung der Preise sowie Besteuerung und Umverteilung von Übergewinnen und Vermögen sicherstellen.

Aus diesem Grund fordern Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften in ganz Europa einen **Sechs-Punkte-Planzur** Bewältigung der Lebenshaltungskosten-Krise und zum Aufbau einer Wirtschaft, die etwas für Arbeitnehmer tut. **Wir fordern:**

1 Lohnerhöhungen, um den Anstieg der Lebenshaltungskosten auszugleichen und sicherzustellen, dass Arbeitnehmer einen fairen Anteil an den Produktivitätszuwächsen erhalten, sowie Maßnahmen zur Förderung von Tarifverhandlungen als bester Weg hin zu fairer Bezahlung und einer nachhaltigen Wirtschaft.

2 Zahlungen für Menschen, die Mühe haben, Energierechnungen, Lebensmittel und Miete zu zahlen; das Recht auf Nahrungsmittel und ein warmes Zuhause sind Menschenrechte, die geschützt werden müssen. Es kann nicht erwartet werden, dass in Armut geratene Menschen für sie unbezahlbare Rechnungen bezahlen. Es muss ein Verbot erlassen werden, diese Menschen von der Energieversorgung abzuschneiden.

3 Preisdeckel, insbesondere bei Energierechnungen, und eine wasserdichte Steuer auf Übergewinne von Energie- und anderen Unternehmen, um zu verhindern, dass diese die Krise zu Spekulationszwecken nutzen, sowie andere Maßnahmen zur Beendigung der Preistreiberei, wie Begrenzung von Dividenden, sowie zur Verhinderung von Lebensmittelspekulationen.

4 Nationale und europäische Maßnahmen zur Krisenbekämpfung zum Schutz von Einkommen und Arbeitsplätzen in Industrie, Dienstleistungs- und öffentlichem Sektor einschließlich SURE-Maßnahmen zum Schutz von Arbeitsplätzen und Einkommen sowie Finanzierung sozialer Maßnahmen zur Bewältigung dieser Krise und gerechter Übergangsprozesse.

5 Funktionsreform des EU-Energiemarktes. Anerkennung, dass Energie ein öffentliches Gut ist, und Investitionen, um die Ursachen der Krise anzugehen, wie etwa die unzureichenden Investitionen in grüne Energie und die Folgen der Privatisierung.

6 Ein Platz am Tisch für Gewerkschaften, um Maßnahmen zur Krisenbekämpfung durch sozialen Dialog zu konzipieren und umzusetzen. Dies ist die bewährte Methode zur erfolgreichen Krisenbewältigung.

Regierungen und EU können diese Krise nicht aussitzen. Der Preis für Untätigkeit oder falsche Reaktionen wie Zinserhöhungen, Einfrieren der Löhne oder die Wiederaufnahme des gescheiterten Sparprogramms wird katastrophal hoch sein.